



# Ratsreport

7. Juni 2018

# Inhalt

Köln braucht dringend mehr Flächen für Schulen	3
Task Force gründen – Wohnungsbau endlich konsequent angehen!	4
CDU und Grüne lassen Anwohnerinnen und Anwohner mit Autoverkehr allein	5
Kurz notiert	6
» Drogenkonsumraum am Neumarkt: Keine weitere Zeit verlieren	6
» Dezentrale Flüchtlingsunterbringung	6
» Kinderfreundliche Kommune – immer dran bleiben!	6
» Sonntagsöffnungen künftig ohne Konsens	6
» Werkstätten als ÖPP: Teurer Irrweg bei den Bühnen	6
» Kölns Stadtbahnflotte wird erneuert	7





## Köln braucht dringend mehr Flächen für Schulen

**SPD will kurzfristig Grundstücke identifizieren und festlegen. CDU und Grüne ziehen Thema ins Lächerliche und ergehen sich in Schuldzuweisungen. Unverantwortlich!**

Der Schulbaunotstand nimmt immer dramatischere Formen an, die insbesondere Kinder und ihre Eltern zu spüren bekommen. Inge Halberstadt-Kausch, baupolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, erklärte heute im Rat: „Um in der wachsenden Stadt genügend neue Schulplätze zu schaffen, reicht es nicht aus, bestehende Standorte immer weiter auszuweiten. Köln braucht dringend neue Flächen für Schulen.“

Franz Philippi, schulpolitischer Sprecher: „Unsere Hauptforderung: Die Verwaltung soll bis Ende des Jahres zehn baureife Grundstücke für den Bau weiterführender Schulen identifizieren, auf denen die Planung neuer Schulen beginnen kann. Darauf sollen kurzfristig fünf neue Gesamtschulen und ebenso viele Gymnasien gebaut werden. Außerdem muss der Schulbau in allen Ämtern der Stadtverwaltung, die am Schulbau beteiligt sind, endlich die erforderliche Priorität erhalten.“

Das Ratsbündnis aus CDU, Grünen und FDP scheint dies anders zu sehen und hat den Antrag abgelehnt – nach dem Motto „läuft doch alles“. Dabei müssen zahlreiche neue Schulen her, und es ist völlig ungeklärt, auf welchen Flächen diese entstehen sollen. Allein in diesem Jahr haben fast 1000 Kinder nicht ihren ersehnten Gesamtschulplatz bekommen. Stetig steigende Schülerzahlen und die Rückkehr von G8 zu G9 werden die aktuell bereits höchst angespannte Lage noch weiter verschärfen.

„Es ist mir schleierhaft, wie man allen Ernstes einfach ignorieren kann, welcher großer Bedarf besteht und dass wir dafür noch lange nicht genügend Flächen identifiziert haben. Wir wollen klar wissen, wo neue Schulen entstehen können, damit die Verwaltung mit der Planung anfangen kann. Das schwarz-grüne Ratsbündnis kann diese Frage nicht beantworten – und zieht unsere Forderung trotzdem ins Lächerliche. Dabei haben sie in der Vergangenheit Grundstücke für den Schulbau auf Grund von Einzelinteressen abgelehnt und die Schulen dafür lieber in Gewerbegebiete gesetzt. Das ist völlig verantwortungslos!“ erklärt Halberstadt-Kausch.

# Task Force gründen – Wohnungsbau endlich konsequent angehen!

Schon lange fordert die SPD-Fraktion, eine Task Force Wohnen zu gründen. „Die Linke“ unterstützt diese Forderung nun. Gemeinsam stimmten Linke und SPD heute für die Einrichtung einer solchen verwaltungsübergreifenden Einheit. Ziel: Durchgriffsrechte und Entscheidungsrechte gegenüber anderen Dienststellen und damit endlich Erfolge im schleppenden Thema Wohnungsbau.

Leider ohne Erfolg, da CDU, Grüne und FDP sich nicht dazu durchringen konnten! Das „Verhinderungsbündnis“ der drei Fraktionen präsentierte sich einmal mehr in Hochform. Auch die erneut eingebrachte SPD-Forderung nach einem städtischen Wohnungsbaufonds in Höhe von 500 Millionen Euro und einem Flächenmanagement schmetterte sie ab.

Rafael Struwe, liegenschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion: „Hinter dem sperrigen Begriff Flächenmanagement steckt eine sehr wichtige Forderung für unsere Stadt: Es muss eine einheitlich Strategie für Ankauf, Verkauf und Nutzungsüberlassung entwickelt werden. Die vielen Bedarfe für Wohnen, Bildung, Gewerbe, Sport, Verkehr usw. brauchen alle Flächen in unserer Stadt. Hier muss eine Stelle die Übersicht haben und planvoll und strategisch vorgehen. Wir können nicht erst auf das Papier „Kölner Perspektiven 2030“ warten!“ Letzteres thematisierte die SPD-Fraktion in einer Anfrage.

Ebenso bedarf es eines Umdenkens in der Bodenpolitik. Michael Frenzel, stadtentwicklungspolitischer Sprecher: „Bisher wird bei der Ansiedlung von Industrie und Gewerbe sowie bei der Entwicklung von Wohnungsbauflächen vorrangig auf den Verkauf von Grundstücken gesetzt. Das muss die Stadt angesichts der natürlichen Ressourcenknappheit und auch zur Verhinderung von Bodenspekulationen überdenken. Unser Vorschlag: Zukünftig muss die Vergabe von Erbbaurechten immer gleichrangig geprüft werden! Sollte sich die Stadt doch zu einem Verkauf entscheiden, müssen vertragliche Rückkaufs- oder Vorkaufsrechte vereinbart werden. Das Mittel der Konzeptvergabe muss zur Förderung des preiswerten Wohnungsbaus konsequent angewendet werden.“

Die SPD-Fraktion bekräftigt ihre Forderung nach der Einrichtung eines Unterausschusses Wohnen. Dieser soll Berichtsgremium für die Umsetzung der wohnungspolitischen Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse sein und insbesondere die Umsetzung des in Erstellung befindlichen Wohnungsbauprogramms 2030 überwachen.

Weitere Informationen finden sich hier: [Antrag der Linken betr. „Task Force Wohnen“](#) [Änderungsantrag der SPD-Fraktion](#)



Michael Frenzel: „Das Mittel der Konzeptvergabe muss zur Förderung des preiswerten Wohnungsbaus konsequent angewendet werden.“

# CDU und Grüne lassen Anwohnerinnen und Anwohner mit Autoverkehr allein

## Niehler Gürtel: Schwarz-Grün beschließt Planung für Rad- und Fußweg

Es sind schöne Bilder der Friedrich-Karl-Straße und der Merheimer Straße, die die Verwaltung dem Stadtrat zeigte: Die heute verkehrlich hochbelasteten Straßen könnten zurückgebaut und städtebaulich aufgewertet werden. Wenn, ja wenn – der Lückenschluss am Niehler Gürtel denn käme. Die Anwohnerinnen und Anwohner würden von Lärm und Abgasen entlastet, von der Verlagerung wären dort deutlich weniger Menschen betroffen, wenn mit einer Fahrbahn pro Richtung geplant würde.

Alles keine Argumente für Schwarz-Grün. Im Rat entschieden sie sich heute gegen diese Entlastung der Anwohner\*innen und für einen reinen Rad- und Fußweg.

Auch dass die Bezirksvertretung Nippes mehrheitlich diese Variante abgelehnt, ficht die Gegner einer Entlastung nicht an. Die BV hatte sogar eigenen Vorschlag erarbeitet, um eine attraktive Verbindung für alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer zu schaffen: Dazu soll für mehr Sicherheit der Radfahrenden jeweils nördlich und südlich der Hochbahn ein Rad- und Fußweg eingerichtet wird.

Die Bezirksvertretung hat bereits eine Klage vor dem Verwaltungsgericht angekündigt:

„Gegen die Verletzung unserer Rechte als Bezirksvertretung werden wir uns entschlossen zur Wehr setzen. Ein Rad- und Fußweg von 2,2 Kilometern Länge hat keine überbezirkliche Bedeutung. Die Entscheidung, wie dieser für die Menschen vor Ort geplant und gestaltet werden soll, muss in Nippes getroffen werden!“, betont Bezirksbürgermeister Bernd Schößler.

Seite an Seite mit der SPD vor Ort setzt sich die SPD-Ratsfraktion seit Jahren für den Lückenschluss am Niehler Gürtel ein. „Wir wollen natürlich auch eine attraktive Rad- und Fußwegverbindung. Dabei haben wir aber alle Menschen im Veedel im Blick. Eine Fahrspur in jede Richtung würde eine große Erleichterung für die bedeuten, die heute unter dem starken Durchgangsverkehr leiden. Die Veedelsstraßen würden deutlich aufgewertet: weniger Verkehr, weniger Abgase und Lärm, mehr Grün und bessere Verkehrssicherheit! Der Nippeser Vorschlag und die vorliegenden Planungen für eine Stadtstraße zeigen, wie das geht.“, erklärt Andreas Pöttgen, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion. „Wir werden uns weiter für eine Entlastung der Anwohnerinnen und Anwohner stark machen.“

Weitere Informationen finden sich hier:  
[Beschlussvorlage der Verwaltung](#)  
[Beschluss der Bezirksvertretung Nippes](#)



Andreas Pöttgen: „Wir wollen eine attraktive Rad- und Fußwegverbindung. Dabei haben wir alle Menschen im Veedel im Blick. Eine Fahrspur pro Richtung würde eine große Erleichterung für die bedeuten, die heute unter dem starken Durchgangsverkehr leiden.“ Bild: West 8

# Kurz notiert

## Drogenkonsumraum am Neumarkt: Keine weitere Zeit verlieren

Zum erneuten Scheitern des Drogenkonsumraums am Neumarkt hat die SPD-Fraktion heute eine Aktuelle Stunde im Rat beantragt. Die SPD machte klar, dass die Stadtverwaltung endlich die Probleme der Bürger in Köln ernst nehmen muss und keine weitere Zeit verlieren darf, um die offene Drogenszene am Neumarkt in den Griff zu bekommen. Aber auch in Mülheim und Kalk muss die Stadtverwaltung schnell Drogenkonsumräume einrichten. Wir freuen uns, dass sich heute alle Fraktionen im Rat zum Standort Neumarkt bekannt haben und Gesundheitsdezernent Rau zugesagt hat, dass die Standorte Mülheim und Kalk ab 2019 eingerichtet werden.

<https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?kvonr=75596&vo-select=18387>

## Dezentrale Flüchtlingsunterbringung

Die SPD hat heute Forderungen nach einer Stärkung und Verbesserung der Flüchtlingsunterbringung unterstützt. Zentral dabei war der Verzicht auf Großeinrichtungen, die Entfristung aller Arbeitsverträge und eine langfristige Finanzierung des Auszugsmanagements sowie die Ablehnung von Massenlagern auf Kölner Boden. CDU, Grüne und FDP konnten diesen Forderungen leider nicht folgen.

<https://ratsinfo.sessionnet.verwaltung.stadtkoeln.de/vo0050.asp?smclogons-tart=2&kvonr=75356&voselect=18387>

## Sonntagsöffnungen künftig ohne Konsens

Nach der jüngsten neoliberalen Änderung des Ladenöffnungsgesetzes durch die Schwarz-Gelbe Landesregierung in NRW war zu befürchten, dass in Köln das Konsensprinzip schnell gefleddert wird. Heute war es so weit: Eine unheilige Allianz aus CDU, FDP und Grüne schlug den ersten Sargnagel ein. Statt den Dialog mit allen beteiligten Akteuren zu suchen, wie Kirchenverbänden und Gewerkschaften, soll die Verwaltung demnach lieber nur mit dem Einzelhandel sprechen und somit letztlich festlegen, wie es in Köln zukünftig mit dem wichtigen Thema Sonntagsöffnungen weitergeht. Einen runden Tisch, wie ihn Köln ganz dringend wieder braucht, wie er auch mit breiter Mehrheit beschlossen worden ist und wie er letztlich vom FDP-geführten Wirtschaftsministerium NRW für die Kommunen ausdrücklich empfohlen wird, ist mit der FDP nicht zu machen. Warum die Grünen in Köln zum Thema Sonntagsöffnungen gemeinsame Sache mit der FDP machen, bleibt ihr Geheimnis. Mit der SPD-Fraktion ist eine Ausweitung der Sonntagsöffnungen jedenfalls nicht zu machen. Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der insbesondere die Fortführung der Konsensgespräche forderte, hat leider keine Mehrheit gefunden. Schlechte Zeiten für den Schutz der Sonntagsruhe und damit auch für Arbeitnehmer und ihre Familien.

## Werkstätten als ÖPP: Teurer Irrweg bei den Bühnen

Neue Werkstätten zur Erstellung ihrer Bühnenbilder brauchen die städtischen Bühnen nach wie vor dringend. CDU und Grüne hatten das Thema gemeinsam mit der Stadtverwaltung jetzt gut ein Jahr verschleppt. Heute hat der Rat nun das zu erwartende ÖPP-Modell beschlossen: Ein Privater soll neue Werkstätten bauen und sie den Büh-

nen dann vermieten. Es ist offensichtlich, dass er sich dieses Vorhaben fürstlich bezahlen lassen wird.

Die SPD-Fraktion stimmte dagegen – wir unterstützen nach wie vor den ursprünglichen Vorschlag, dass die Bühnen auf einer städtischen Fläche selber neue Werkstätten bauen sollten. Ein in der Vergangenheit von der Stadtverwaltung vorgeschlagene Grundstück an der Hugo-Eckener-Straße in Ossendorf würde sich hierfür beispielsweise ideal eignen.

### **Kölns Stadtbahnflotte wird erneuert**

**Rat beschließt KVB-Millioneninvest.** Für bis zu 472 Mio. Euro werden neue Stadtbahnen für Köln angeschafft. Der Rat hat beschlossen, 62 Niederflurbahnen mit einer Länge von 60 Metern zu beschaffen. Neben Langzügen sind auch zwei neue Stadtbahnen mit 30 Meter Länge Bestandteil des Paketes, das im Januar 2020 vergeben werden soll. Damit ist der erste Schritt für eine sukzessive Erneuerung der Stadtbahnflotte auf den Weg gebracht. Die neuen Bahnen sollen unter anderem auf der der dann ertüchtigten Ost-West-Achse eingesetzt werden und die Kapazität auf den Linien 1 und 9 um bis zu 50 Prozent erhöhen. Auf die Schiene kommen die neuen Bahnen allerdings frühestens ab Mitte 2023, wenn die Auslieferung der Serienfahrzeuge startet.